Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 40 (2021)

Heft: 77

Artikel: Mit der Modern Monetary Theory die Fesseln der Austeritätspolitik sprengen

Autor: Paetz, Michael / Ehnts, Dirk

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1055526

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Michael Paetz / Dirk Ehnts

Mit der Modern Monetary Theory die Fesseln der Austeritätspolitik sprengen

Das erst vor zwei Jahrzehnten begonnene Jahrtausend ist bereits von zwei Jahrhundertkrisen gekennzeichnet: der globalen Finanzkrise von 2008/09 und der Corona-Pandemie. Beide Krisen zwangen Regierungen weltweit dazu, viel Geld auszugeben, um die ökonomischen und sozialen Folgen dieser besonderen Ereignisse zu mindern. Zwangsläufig stellt sich daher die Frage, warum in diesen Ausnahmesituationen plötzlich so viel Geld zur Verfügung steht, welches zuvor für soziale und ökologische Projekte angeblich immer fehlte. Die Modern Monetary Theory (MMT) untersucht seit Mitte der 1990er-Jahre, wie Regierungen ihre Ausgaben tätigen, und räumt mit vielen falschen Vorstellungen über angeblich knappe Staatskassen auf.

Die Möglichkeiten einer monetär souveränen Regierung

Die MMT ist zunächst einmal eine Beschreibung unseres modernen Geldsystems. Aus einer korrekten Analyse monetärer Zusammenhänge lassen sich einige Kernthesen und Vorschläge ableiten, auf die wir in diesem Artikel eingehen wollen:

1. *Ein Staat mit souveräner Währung ist in seinen Ausgaben nicht beschränkt.* Sämtliche Ausgaben werden immer durch die Zentralbank getätigt. Eine Regierung ist zahlungsfähig, solange sie durch politische Regeln nicht behindert wird und die Zentralbank ihre Solvenz sicherstellt. Sie benötigt weder Steuern noch Anleihen, um ihre Ausgaben zu «finanzieren».

2. *Die Regierung kann und sollte daher eine Vollbeschäftigungspolitik verfolgen («Functional Finance»).* Entscheidend ist dabei, dass die Ausgaben (im Vergleich zu den Steuern) hoch genug sind, um genügend Arbeitsplätze zu schaffen. Der dazugehörige staatliche Budgetsaldo (Defizit oder Überschuss) ist dann nur noch eine statistische Restgrösse und sollte nicht zu einer politischen Zielvariable erklärt werden.
3. *Die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung einer Volkswirtschaft sollte über die Fiskalpolitik der Regierung erfolgen,* nicht über die Geldpolitik der Zentralbank.
4. *Mit Hilfe einer Jobgarantie für alle, die arbeiten möchten, kann unfreiwillige Arbeitslosigkeit vermieden werden.* Vollbeschäftigung und Preisstabilität (Kontrolle der Inflation) sind durch eine Jobgarantie miteinander vereinbar. Diese Erkenntnis war von Anfang an ein zentraler Bestandteil der MMT (Mosler 1998).

Wesentliche Voraussetzung für die Umsetzung dieser Vorschläge ist die monetäre Souveränität eines Staates. Hierfür müssen die folgenden drei Punkte erfüllt sein:

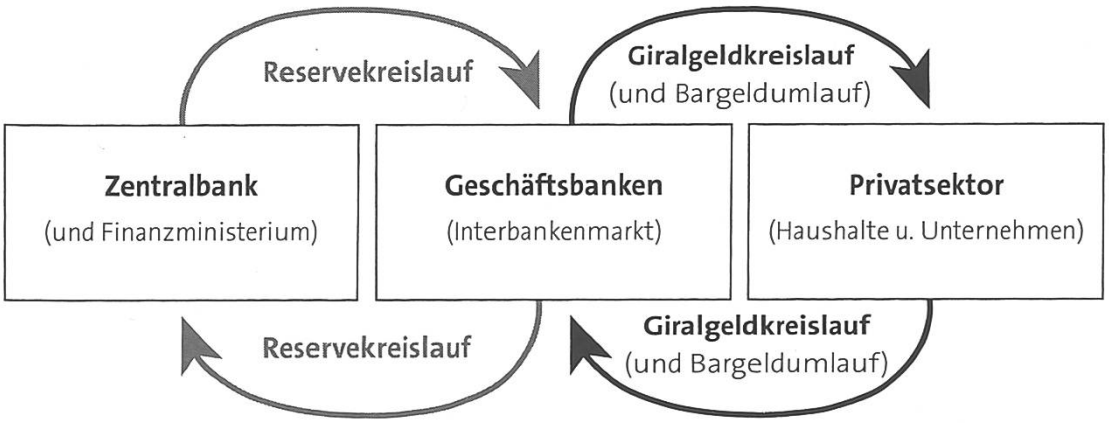
1. *Währungsmonopol:* Die Regierung gibt ihre eigene Währung heraus (mit Hilfe ihrer Zentralbank). Sie hat das Recht, diese Währung zu emittieren und akzeptiert bei allen Zahlungen an den Staat (Steuern, Abgaben etc.) nur diese Währung.
2. *Flexibler Wechselkurs:* Die Regierung verspricht keine Konvertierbarkeit der eigenen Währung in ein Edelmetall oder in eine andere Währung. Selbstverständlich lässt sich die einheimische in fremde Währung umtauschen – die Regierung garantiert aber keinen festen Wechselkurs.
2. *Keine Staatsanleihen in Fremdwährung.*

Monetäre Souveränität ist keine Ja- oder Nein-Entscheidung. Es gibt ein Kontinuum von möglichen politisch festgelegten Regeln, welches von sehr eingeschränkter (Bolivien, Eurozone) bis hin zu fast vollständiger Souveränität (USA, Schweden, Schweiz) reicht.[1] Der wirtschaftspolitische Spielraum von Nationen, die sehr wenig monetäre Souveränität aufweisen, ist offensichtlich kleiner. Dennoch lassen sich die obigen Vorschläge auch in solchen Ländern zumindest in Teilen umsetzen. So verfolgt selbst die Eurozone offiziell ein Vollbeschäftigungsziel, auch wenn sie dieses weit verfehlt. Wir werden später noch darauf eingehen, welche Erkenntnisse für eine monetär nicht souveräne Regierung aus der MMT folgen.

Wie tätigt ein Staat mit souveräner Währung seine Ausgaben?

Um zu verstehen, warum ein Staat mit souveräner Währung keiner finanziellen Beschränkung unterliegt, muss man zunächst die Hierarchie im modernen zweistufigen Geldsystem verstehen. In unserem täglichen Zahlungsverkehr verwenden wir Bargeld und Buchgeld (auf Girokonten) bei privaten Banken. Alle Transaktionen zwischen dem Bankensektor und der Zentralbank müssen hingegen mit sogenannten Reserven abgerechnet werden. Dies sind Guthaben privater Banken bei der Zentralbank, vergleichbar mit unseren Einlagen auf Girokonten bei privaten Banken. Abbildung 1 skizziert diese beiden Geldkreisläufe und zeigt die Zusammenhänge zwischen Finanzministerium, Zentralbank und Privatsektor. Die Zentralbank (z. B. die Schweizerische Nationalbank SNB) steht an der Spitze unseres zweistufigen Geldsystems. Ihr wurde das Banknotenmonopol vom Staat eingeräumt und sie ist die einzige Institution, die Bargeld (Münzen und Scheine) in Umlauf bringen kann. Da Bargeld inzwischen eine untergeordnete Rolle spielt (und weiter an Bedeutung verlieren wird), sind die Reserveguthaben der Banken bei ihrer Zentralbank das eigentliche Zentralbankgeld, welches ebenfalls ausschliesslich von ihr geschaffen werden kann.

Abbildung 1: Das zweistufige Geldsystem



Quelle: was-ist-geld.de/einfuehrung

Banken benötigen Reserven, um im täglichen Überweisungsverkehr ihren Zahlungsausgleich zu vollziehen und um uns mit Bargeld zu versorgen. Diese sind nichts weiter als digitale Einträge auf den Zentralbankkonten. Private Banken können illiquid werden, sofern sie kein ausreichendes Zentralbankguthaben besitzen, und auch insolvent, sofern ihr Eigenkapital auf-

grund von geplatzten Kreditbeziehungen unter das gesetzlich vorgeschriebene Mindestniveau fällt. Da die Zentralbank Schöpferin der Währung ist, kann ihr dies niemals passieren. Der Möglichkeit, per Tastendruck weitere Währungseinheiten zu erzeugen, sind keine Grenzen gesetzt. Auch ein negatives Eigenkapital würde sie nicht davon abhalten können.

Das Finanzministerium besitzt ein Konto bei seiner nationalen Zentralbank. Steuerzahlungen und Einnahmen aus den Verkäufen von Staatsanleihen (Obligationen) erhöhen den Kontostand der Regierung, während Ausgaben ihn verringern. Die Zentralbank führt alle Zahlungen im Auftrag des Finanzministeriums durch.

In Abbildung zwei ist exemplarisch die Bezahlung der Rechnung eines Bauunternehmens durch den Staat dargestellt. Wir betrachten vier stilisierte Bilanzen, bei denen links die Forderungen (Guthaben) verzeichnet sind und rechts die Verbindlichkeiten (Schulden). Die Zentralbank gibt der Bank des Zahlungsempfängers die Anweisung, sein Guthaben zu erhöhen (*a*), während sie selber der Bank in gleicher Höhe Reserven gutschreibt (*b*). Gleichzeitig wird das Konto des Finanzministeriums belastet (*c*). So gesehen ist Geld eine Art Punktesystem, vergleichbar mit der Anzeigetafel beim Fussball. So wie die Punkte auf der Anzeigetafel protokollieren, welche Mannschaft wie viele Tore geschossen hat, zeigt der Kontostand des zahlungsempfangenden Bauunternehmens an, dass es bezahlt wurde.[2]

Abbildung 2: Ausgabe des Staates

Zentralbank		**Finanzministerium**	
	+ Reserven Geschäftsbank (*b*) – Guthaben Finanzministerium (*c*)	– Guthaben bei der ZB (*c*)	– Nettovermögen

Geschäftsbank		**Bauunternehmen**	
+ Reserven (*b*) (Guthaben bei der Zentralbank)	+ Einlagen des Bauunternehmens (*a*)	+ Einlagen (*a*) (Guthaben bei der Bank)	+ Nettovermögen

(in Anlehnung an Ehnts, 2020)

Die Frage, woher der Staat das Geld hat, mit dem er seine Ausgaben bezahlt, ist demnach vergleichbar mit der Frage, woher eine Anzeigetafel ihre Punkte genommen hat. Offensichtlich kann eine Anzeigetafel die Punkte nicht vor

dem Spiel ansparen, um sie dann zu nutzen, wenn eine Mannschaft ein Tor erzielt hat. Ebenso kann der Staat das Geld, das er über seine Zentralbank ausgibt, im Vorfeld nicht ansparen. Ein Staat schafft bei jeder Ausgabe neues Geld in Form von digitalem Guthaben der Geschäftsbanken auf den Konten der Zentralbank sowie digitalem Guthaben der Zahlungsempfänger auf den Konten der privaten Banken. Der Nettovermögenszuwachs des Bauunternehmens entspricht exakt dem Rückgang des Nettovermögens des Staates. Die «Schulden» des Staates entsprechen dem Nettogeldvermögen des Privatsektors (Ehnts/Paetz 2019).

Obwohl einer Zentralbank zur Erzeugung von Währungseinheiten keine Grenzen gesetzt sind, gibt es in den meisten Ländern politische Regeln, die ihr nur dann erlauben, Ausgaben für die Regierung durchzuführen, wenn die Reserveguthaben der Regierung am Anfang des Tages nicht negativ sind. Dennoch finanzieren Steuern und Staatsanleihen keine Staatsausgaben.

Steuern und Staatsanleihen dienen nicht zur Finanzierung staatlicher Ausgaben

Überweisungen des Bankensektors an die Regierung erfolgen immer mit Zentralbankguthaben. Dies ist sowohl bei Steuern und Gebühren sowie beim Kauf staatlicher Obligationen der Fall. Die Guthaben des Privatsektors können nicht zur Finanzierung von Staatsausgaben genutzt werden, weil der Privatsektor erst dann in der Lage ist, seine Steuern zu zahlen (oder Anleihen zu kaufen), *nachdem* die Regierung die Währung über Ausgaben in Umlauf gebracht hat. Hierfür gibt es diverse historische Beispiele wie die Währungseinführung in Deutschland im Jahre 1948. Da die deutsche Mark noch nicht existierte, konnte sich der Staat kein Geld vom Privatsektor leihen. Alle Bürger*innen erhielten zunächst Bargeld im Wert von sechzig Mark, die in zwei Tranchen ausgezahlt wurden. Erst nach dieser Ausgabe durch den Staat waren die Bürger*innen in der Lage, Steuern in der gewünschten neuen Währung zu zahlen (oder Anleihen zu kaufen).

Banken können die für den Zahlungsverkehr mit der Regierung notwendigen Reserven auch von der Zentralbank leihen, sofern sie Sicherheiten hinterlegen. Dies sind in der Regel staatliche Schuldverschreibungen. Die Regierung gibt also Anleihen (Obligationen) aus, mit denen die Banken dann Reserven bei der Zentralbank bekommen, um eben diese Anleihen zu kaufen. In der Schweiz werden diese im Auftrag und auch auf Rechnung des Bundes sogar direkt von der SNB ausgegeben. Auch beim Anleiheverkauf

muss der Staat also zunächst Währung in Umlauf bringen, bevor der Privatsektor Anleihen erwerben kann. Und da die Zentralbank niemals zahlungsunfähig werden kann, unterliegt der Staat keinen finanziellen Beschränkungen, sofern diese nicht durch politische Regeln erzeugt werden (z. B. durch eine Schuldenbremse). Technisch gesehen, gibt es keinen Grund dafür, dass eine Zentralbank die Ausgaben des Staates nur dann tätigen darf, wenn der Kontostand der Regierung positiv ist, wie es in vielen Ländern Vorschrift ist. Man könnte ebenso verlangen, dass der Schweizer Finanzminister für jeden Franken, den er ausgeben möchte, einen Liegestütz machen muss. Die Geldschöpfungsfähigkeiten des Staates werden meist aus politisch-ideologischen Gründen eingeschränkt, um so den Staat zur Durchführung von Privatisierungen zu zwingen oder zur Auftragsvergabe an private Unternehmen.

Warum Steuern trotzdem notwendig sind

Auf die Erhebung von Steuern kann ein Staat dennoch nicht verzichten, da diese die Akzeptanz der eigenen Währung sichern. Da die Steuerschuld nur mit dem staatlichen Geld beglichen werden kann, haben alle steuerpflichtigen Bürger*innen ein Interesse daran, das staatliche Geld zu erhalten und dem Staat dafür Leistungen anzubieten. Veranschaulichen wir uns dies anhand einer Familie mit zwei Kindern. Typischerweise lieben Kinder Süssigkeiten, helfen aber ungern bei Hausarbeiten. Die Eltern können den Kindern eine Art Steuerschuld auferlegen, indem sie ihnen Süssigkeiten nur noch gegen eine monatliche Zahlung selbst geschaffener Gutscheine herausgeben. Um diese Gutscheine zu erhalten, müssen die Kinder im Haushalt helfen. Fortan werden sie dies tun, um die Gutscheine zu erhalten, die sie brauchen, um Süssigkeiten zu bekommen. Der Staat als Schöpfer der Währung (hier: die Eltern) kann sich durch die Erhebung von Steuern mit Gütern (hier: Haushaltshilfe) versorgen, während die Bürger*innen dafür Geld (Gutscheine) für ihre Ausgaben (Süssigkeiten) bekommen.

Es ist auch denkbar, dass nur eines der beiden Kinder so viel im Haushalt hilft, dass es genügend Gutscheine für beide erhält. Die Kinder können dann untereinander Leistungen miteinander tauschen, damit beide ihre Steuern an die Eltern zahlen können, zum Beispiel könnte das ältere Kind dem jüngeren bei den Hausaufgaben helfen. Die Gutscheine der Eltern erfüllen dann im eigenen Zuhause die Funktion von Geld als allgemein akzeptiertes Zahlungsmittel zum Austausch von Leistungen. Steuern sichern die Akzeptanz der staatlichen Währung («taxes drive money») und führen dazu,

dass diese sich innerhalb eines Hoheitsgebiets durchsetzt. Die ausstehenden Staatsschulden, zum Beispiel infolge der Corona-Pandemie, sind so gesehen nichts weiter als Steuergutschriften («Gutscheine») der Regierung in privatem Besitz. Dass wir heutzutage kaum noch mit Banknoten der Regierung, sondern mit digitalen Einträgen von privaten Banken zahlen, ändert an diesem Prinzip nichts, da die Banken ihr Geld im Zahlungsverkehr mit der Regierung gegen Zentralbankgeld tauschen müssen.

Weitere Aufgaben von Steuern

Am obigen Beispiel wird zudem deutlich, dass ein staatliches Geldsystem zur Steuerung einer Volkswirtschaft genutzt werden kann. So wie die Eltern die Kinder dazu gebracht haben, im Haushalt zu helfen, kann der Staat den Privatsektor dazu anhalten, Leistungen zu erbringen, die dem Gemeinwohl förderlich sind. Steuern und Subventionen können dabei helfen, die privat erbrachten Leistungen in die richtige Bahn zu lenken. Möchte man zum Beispiel umweltschädliche Produktionsweisen vermeiden, kann man diese stark besteuern, um Anreize zu setzen, umweltfreundlicher zu produzieren.

Steuern beeinflussen zudem die Einkommens- und Vermögensverteilung. Sollte die Verteilung nicht den gesellschaftlichen Wünschen entsprechen, lässt sich diese zum Beispiel über eine stark progressive Einkommenssteuer und/oder eine Vermögenssteuer beeinflussen. Jedoch braucht der Staat die Steuern nicht, um damit seine Ausgaben zu bezahlen. Durch Steuerzahlungen bekommt der Staat lediglich sein Geld zurück und reduziert die Staatsverschuldung. Eine solche Reduktion ist für eine Institution, die finanziell nicht eingeschränkt ist, aber nicht notwendig. Gerade die Parteien des linken politischen Spektrums täten gut daran, diesen Punkt in ihren Forderungen zu beherzigen. Die «Robin-Hood»-Steuer, die den Reichen nimmt, um den Armen zu geben, entpuppt sich im politischen Diskurs immer wieder als Achillesferse. Denn wer eine Besteuerung fordert, um Ausgaben zu finanzieren, kann sich schwerlich gegen die Argumente der Gegenseite wehren, dass die Interessen der Steuerzahler*innen stärker berücksichtigt werden sollten. Häufig wird die Kürzung sozialer Leistungen gefordert, weil diese ja aus «Steuergeldern» bezahlt würden. Statt über sinnvolle Ausgabenprogramme im Bereich Bildung, Soziales, Umwelt et cetera zu diskutieren, führt die Verknüpfung von Steuern und Ausgaben zu einer Debatte darum, welche Steuer man erhöhen sollte beziehungsweise an welcher Stelle man gegebenenfalls einsparen kann. Es wäre wesentlich zielführender, die

Besteuerung von Vermögenden aufgrund der Bekämpfung einer als ungerecht empfundenen Einkommensverteilung von der Finanzierungsfrage sinnvoller Ausgaben zu entkoppeln.

Die Einkommenssteuer erfüllt ökonomisch zudem die Funktion eines Stabilisators. In einer Rezession fallen die Einkommen sowie die Beschäftigung und somit auch die von den erzielten Einkommen abhängenden Steuereinnahmen. Im Aufschwung steigen hingegen die Steuereinnahmen. Das nach Steuerabzug verfügbare Einkommen der Haushalte, welches für Konsumausgaben genutzt werden kann, wird hierdurch stabilisiert und Auf- und Abschwung werden gedämpft.

Funktionale statt solide Haushaltspolitik

Die wahren Grenzen einer Regierung sind nicht finanzieller, sondern realer Natur. Erreicht eine Volkswirtschaft ihre Kapazitätsgrenze und ist (zumindest kurzfristig) nicht in der Lage, mehr herzustellen, um eine zusätzliche Nachfrage zu decken, kann auch der Staat mit weiteren Ausgaben keine zusätzlichen Leistungen nachfragen. Er würde dann bei weiteren Ausgaben die Preise in die Höhe treiben, weil er mit dem Privatsektor um die knappen Güter konkurriert. Solange es aber Arbeitskräfte gibt, die zum herrschenden Lohnniveau arbeiten wollen, aber keinen Job finden, weil der Privatsektor nicht genügend Nachfrage erzeugt, sollte eine Regierung keine Scheu davor haben, die Nachfragelücke zu füllen. Da die Zahlungsfähigkeit eines Staates mit eigener Währung immer gewährleistet ist, sollte sich die Höhe seiner Ausgaben daran orientieren, was notwendig ist, um Vollbeschäftigung zu gewährleisten. Dabei sollte er sich an sozialen, ökologischen und ökonomischen Kriterien orientieren – nicht aber an selbst auferlegten finanziellen Grenzen.

Zu den ökonomischen Kriterien zählt selbstverständlich auch eine niedrige und stabile Inflationsrate. Preissteigerungen werden massgeblich von den Lohnstückkosten bestimmt: Wenn die Löhne schneller steigen als die Produktivität, steigen die Kosten für Unternehmen, die diese über steigende Preise an ihre Kund*innen weiterreichen. Bei geringer Arbeitslosigkeit könnten Löhne schneller steigen, weil bei einer geringeren Reservearmee von Arbeitslosen die Arbeitgeber in Lohnverhandlungen weniger Druck ausüben können. Zudem werden einige Sektoren Arbeitskräfte suchen und könnten daher geneigt sein, höhere Löhne als ihre Konkurrenz zu zahlen. Der ökonomische Mainstream hat hieraus die Theorie der «natürlichen» Arbeitslosigkeit abgeleitet. Wenn die Inflationsrate zu steigen be-

ginnt, soll die Arbeitslosigkeit künstlich erhöht werden, indem die Zentralbank mit höheren Zinsen Kredite verteuert und so die Investitionsnachfrage senkt. Bei einer fallenden Inflationsrate soll sie hingegen die Zinsen senken, um Investitionen anzuregen. Die vergangenen vierzig Jahre haben diese Theorie falsifiziert. Zinsveränderungen haben in der Regel weder die Investitionstätigkeit noch die Inflationsrate wesentlich beeinflussen können. Stattdessen sind die Preissteigerungen in allen Industrienationen historisch niedrig und scheinen auch nicht auf Veränderungen der Arbeitslosigkeit zu reagieren (Hail 2018, Kap. 7).

Wenn die Geldpolitik faktisch keine Wirkung zeigt, sollte die Fiskalpolitik die Aufgabe der gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung übernehmen. Wenn die Inflationsrate tatsächlich ansteigt, weil bestimmte Sektoren an ihre Produktionsgrenze gelangen, sollte die Regierung ihre Ausgaben reduzieren. Sie kann in dieser Situation problemlos geplante Investitionsvorhaben verschieben, um die Nachfrage zu senken. Zudem kann der Staat über den Mindestlohn, die Löhne öffentlich Angestellter sowie die Ausgestaltung des Tarif- und Lohnverhandlungssystems Einfluss auf Lohn- und Preisentwicklung nehmen.

Die Jobgarantie

Einige Arbeitnehmer*innen werden auch bei einer auf Vollbeschäftigung ausgerichteten Fiskalpolitik keinen Arbeitsplatz finden, weil die Ausgaben der Regierung nicht immer genau die Jobs erzeugen, die von den Menschen gesucht werden. Für diese Menschen könnte ein Staat, der keinen finanziellen Beschränkungen unterliegt, eine Beschäftigung zum Mindestlohn garantieren. Da der Staat den Preis für diese Arbeit festlegt, hat er zudem die Möglichkeit, auf Lohn- und Preisentwicklung Einfluss zu nehmen. Wenn alle, die bereit sind, zum herrschenden Mindestlohn zu arbeiten, nun auch eine Stelle finden, ist Vollbeschäftigung bei einer stabilen Inflationsrate erreicht. Diese Einsicht folgt aus dem Verständnis der MMT.

Die Jobgarantie würde vor allem von den geringer qualifizierten Arbeitskräften genutzt werden, die in einer Krise immer als erstes und am stärksten betroffen sind. Da die sozialen und psychologischen Kosten von Arbeitslosigkeit sehr hoch sind, ist offensichtlich, dass sich die Jobgarantie volkswirtschaftlich lohnt. Zudem kann der Staat durch sein angebotenes Jobgarantie-Paket auch ein Mindestmass an menschenwürdigen Bedingungen festlegen, zu denen eine Beschäftigung angeboten werden muss. Da der Privatsektor ein attraktiveres Angebot machen muss als die Regierung, um

Arbeitskräfte zu rekrutieren, werden Niedriglohnjobs mit unbezahlten Überstunden vom Markt verdrängt. Dies ist nicht nur sozialpolitisch wünschenswert. Es gehört zu den grundlegenden Funktionen einer Marktwirtschaft, dass Unternehmen, die den üblichen Lohn nicht zahlen können, an ihre besseren Konkurrenten Marktanteile verlieren. Dies fördert den Wettbewerb der Ideen statt den der Skrupellosigkeit. Einige einfache Dienstleistungen könnten sich hierdurch verteuern, dies stellt aber eine völlig normale Entwicklung dar. Ebenfalls möglich wäre es, bisher unbezahlte «Care»-Arbeit in die Jobgarantie aufzunehmen.

Die Jobgarantie sollte auf kommunaler Ebene umgesetzt werden, damit die Bürger*innen vor Ort sich an den Entscheidungen beteiligen können. Man kann gemeinsam mit den Teilnehmer*innen des Programms festlegen, welche Tätigkeiten gebraucht werden und auch auf ihre Vorschläge eingehen. Zudem ist es möglich, dass man die Jobgarantie mit Qualifizierungsmassnahmen kombiniert, um so eine Rückkehr in die Privatwirtschaft zu erleichtern.

Nicht zuletzt stellt die Jobgarantie einen weiteren automatischen Stabilisator für die wirtschaftliche Entwicklung dar. Wenn die Privatwirtschaft in eine Krise gerät und nicht genügend Beschäftigung erzeugt, wird die Anzahl derer, die in ein Jobgarantie-Programm wechseln, steigen und den Einkommensrückgang verringern. Sollte die wirtschaftliche Entwicklung wieder an Fahrt gewinnen, so werden viele wieder in die Privatwirtschaft zurückkehren. Die Ausgaben der Regierung passen sich also automatisch den gesamtwirtschaftlichen Bedürfnissen an.

Was bleibt von MMT für Länder, die nicht monetär souverän sind?

Nicht alle Länder sind monetär souverän. Zum Beispiel ist es möglich, dass eine Regierung Kredite in ausländischer Währung aufnimmt, um Güter zu importieren, die für die eigene Bevölkerung quasi unentbehrlich sind, aber nicht selber hergestellt werden können. Um diese Kredite zurückzuzahlen, werden ausländische Währungsreserven benötigt, die man selber nicht erschaffen kann. Länder, in denen ausschliesslich eine ausländische Währung genutzt wird, müssen erst Geld einnehmen, bevor sie es ausgeben können. Dieses Regime war in Kolonialzeiten weit verbreitet. Bei Ländern mit festen Wechselkursen ist der wirtschaftspolitische Spielraum ebenfalls, wenn auch weniger stark, einschränkt. Um den Wechselkurs konstant zu halten, benötigt man nämlich ebenfalls ausländische Währungsreserven. Diese kann

eine Regierung verkaufen, wenn die Investoren lieber Dollars, Franken oder Euros statt inländischer Währung halten wollen. Weil Nachfrage und Angebot ausländischer Währungsreserven gleichermassen steigen, bleibt der Wechselkurs dann konstant.

Eine auf Grundlage der MMT basierende Vollbeschäftigungspolitik würde die Einkommen vieler Menschen erhöhen und vermutlich zu steigenden Importen führen. Dies würde zu einem Rückgang der Währungsreserven führen, welcher die Aufrechterhaltung der Wechselkursbindung und die Rückzahlung von Krediten in ausländischer Währung erschwert.

Im Zweifelsfall muss eine Regierung dann wählen zwischen geringeren Staatsausgaben (und damit mehr Arbeitslosigkeit) oder der Aufgabe des festen Wechselkurses.

Dies bedeutet aber nicht, dass die Erkenntnisse der MMT nur den monetär souveränen Ländern helfen. Wenn eine Wechselkursbindung aufrechterhalten werden soll, müssen staatliche Ausgaben vor allem dazu verwendet werden, die für Exportsektoren notwendige Infrastruktur zu verbessern. So kann ein Land zusätzliche ausländische Währungsreserven erhalten. Wray (2007) zeigt anhand von argentinischen und indischen Jobgarantie-Programmen, wie negative Effekte auf die Handelsbilanz (und die Währungsreserven) durch eine geschickte Programmgestaltung vermieden werden können.

Einheimische Arbeitskräfte können zum Beispiel in Sach- statt Geldleistungen bezahlt werden, die wiederum von Jobgarantie-Beschäftigten hergestellt werden. Zölle und Subventionen sowie Import- und Kapitalverkehrskontrollen können plötzliche Auf- oder Abwertungen der Währung verhindern und die einheimische Wirtschaft zumindest in der Aufbauphase vor internationaler Konkurrenz schützen. Sofern ein Land von Importen abhängig ist, sollten internationale Hilfsorganisationen zudem internationale Reserven zur Verfügung stellen und die Regierung so unterstützen, die Übergangsphase zu einer ausreichend leistungsfähigen Volkswirtschaft zu bewältigen.

Der Mythos der Geldknappheit steht der Politik des 21. Jahrhunderts im Weg

Wir haben gezeigt, dass Staaten mit einer souveränen Währung keiner finanziellen Beschränkung unterliegen. Der Mythos der Geldknappheit wird dennoch aus politischen Gründen aufrechterhalten. Der amerikanische Ökonom Paul Samuelson sagte diesbezüglich, dass der Aberglaube, ein

Staat müsse einen ausgeglichenen Haushalt führen, notwendig sei, weil die Ausgaben andernfalls ausser Kontrolle geraten würden.

In einer Demokratie besteht letztlich die Gefahr, dass die Wünsche der Wähler*innen nicht den Idealen einer freien Marktwirtschaft entsprechen. Daher sprachen sich bereits neoliberale Vordenker dafür aus, die Handlungsfähigkeit des Staates mit Ausgabendeckelungen einzuschränken, damit die Politik diesen Wünschen nicht nachgeben kann.

Aus Sicht der MMT stellen Regeln, welche die staatlichen Ausgaben begrenzen, eine Einschränkung der Demokratie und damit unserer politischen Freiheit dar. Das Gleiche gilt für die als Tatsache hingestellte Unabhängigkeit der Zentralbanken – in den meisten Fällen kooperieren sie letztlich doch mit der Regierung. Demokratische Entscheidungen sind nur möglich, solange ein gewähltes Parlament frei darüber entscheiden kann, wie viel und wofür es Geld ausgeben möchte – ohne das Veto eines technokratischen Expertengremiums einer Zentralbank. Die Regierungsvertreter*innen müssen ihre Ausgaben rechtfertigen und sich regelmässig den Wähler*innen stellen. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte zeigt zudem, dass die Angst vor hohen Staatsschulden zu einer Austeritätspolitik geführt hat, welche die Mehrheit der Bevölkerung immer stärker belastete und so zu Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien beitrug. Solange sich Parteien des demokratischen Spektrums aufgrund selbstauferlegter Restriktionen ihrer finanzpolitischen Möglichkeiten berauben, werden sie gegenüber autoritären Parteien weiter an Boden verlieren.

Die Politik des 21. Jahrhunderts muss sich von diesen Restriktionen befreien, um soziale, ökologische und ökonomische Ziele gleichermassen verfolgen zu können. Es käme einer kopernikanischen Wende gleich, wenn wir uns in Zukunft nicht mehr fragen, wo wir das Geld zur Bezahlung gemeinnütziger Projekte hernehmen (es wird bei der Ausgabe neu erzeugt), sondern in welche Projekte wir unsere knappen Ressourcen lenken wollen. Stephanie Kelton (2020) hat mit ihrem Bestseller in den USA bereits dazu beigetragen, dass der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Repräsentantenhauses John Yarmuth auf Fragen nach Defizit und Schulden mit Argumenten der MMT antwortet.

Wir sind uns sicher, dass die MMT auch in Europa Einzug halten wird.

Anmerkungen

1 Die USA haben eine Schuldenobergrenze, die Schweiz eine Schuldenbremse und Schweden einen Zwang zum Haushaltsüberschuss.

2 Ein einfacher Einstieg in das moderne Geldsystem findet sich in Ehnts, 2020.

Literatur

Ehnts, Dirk, 2020: Geld und Kredit. Eine €-päische Perspektive. Marburg, 4. überarbeitete und aktualisierte Edition

Ehnts, Dirk / Paetz, Michael, 2019: Die Modern Monetary Theory. Staatsschulden als Steuergutschriften. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 4, 77–89

Ehnts, Dirk / Paetz, Michael, 2021: COVID-19 and its economic consequences for the Euro Area. In: Eurasian Economic Review, 11, 227–249

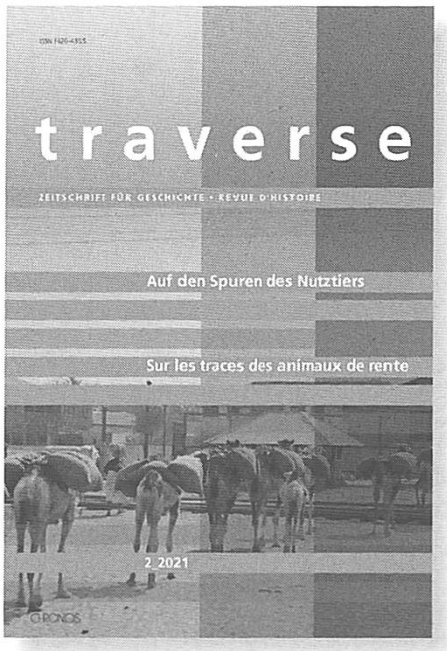
Hail, Steven, 2018: Economics for Sustainable Prosperity. Basingstoke, Hampshire UK

Kelton, Stephanie, 2020: The Deficit Myth. Modern Monetary Theory and the Birth of the People's Economy. New York

Mitchell, William / Wray, L. Randall / Watts, Martin, 2019: Macroeconomics. London

Mosler, Warren, 1998: Full employment and price stability. In: Journal of post-Keynesian Economics, 20(2), 167–182

Wray, L. Randall, 2007: The employer of last resort programme. Could it work for developing countries? www.ilo.org/empelm/pubs/WCMS_113904/lang--en/index.htm



Auf den Spuren des Nutztiers
Sur les traces des animaux de rente

Brandrodungen im Amazonas oder die Covid-19-Pandemie sind eng mit unserem Umgang mit Nutztieren verknüpft. Die Beiträge diskutieren die Bedeutung von Tieren, die zu Nahrungs-, Arbeits- und Mobilitätszwecken gehalten wurden und eine Ressource für Industrie, Wissenschaft, Medizin oder kultische Handlungen darstellten.

2021/2. Br. 208 S., 17 Abb. CHF 28

traverse erscheint dreimal jährlich.
Abo CHF 75, für Studierende CHF 54.

www.chronos-verlag.ch

CHRONOS